

Proteste gegen den neuen rechtsextremen Kanzler am Ballhausplatz!

Proteste gegen Herbert Kickl als Kanzler: Demonstrationen und Kundgebungen am 6. und 9. Januar am Ballhausplatz in Wien.

Ballhausplatz, 1010 Wien, Österreich - Inmitten der turbulenten politischen Lage in Österreich formiert sich Widerstand gegen Herbert Kickl von der FPÖ, der als möglicher neuer Bundeskanzler ins Gespräch kommt. Die Jüdischen österreichischen Hochschüler haben am heutigen Montag um 10:30 Uhr am Ballhausplatz eine Protestaktion unter dem Motto „Herbert Kickl als Bundeskanzler verhindern“ organisiert. Diese Kundgebung soll ein starkes Zeichen gegen eine potenzielle Rechtsaußenregierung setzen. Laut der Erklärung der Veranstalter sind auch andere Organisationen, wie die Volkshilfe und Greenpeace, an ähnlichen Protesten beteiligt, die in den kommenden Tagen stattfinden werden, darunter eine große Kundgebung am 9. Januar um 18 Uhr am Ballhausplatz.

Politische Gespräche und mögliche Regierungsbildung

Währenddessen hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen Herbert Kickl in die Hofburg eingeladen, um über die zukünftige Regierungsbildung zu diskutieren. Dies geschieht nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP und der SPÖ sowie dem angekündigten Rücktritt von Karl Nehammer. Van der Bellen plant, „im Laufe der kommenden Woche“ einen Interims-Kanzler zu ernennen. Insbesondere die

Zusammenkünfte zwischen Van der Bellen und Kickl werfen Fragen auf, da in der Volkspartei einige Stimmen für eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen leiser geworden sind, wie aus aktuellen Berichten hervorgeht. Kickl selbst bleibt vage über seine Erwartungen für das Treffen, während die Zivilgesellschaft angesichts dieser Entwicklungen weiterhin aktiv bleibt und vor einer möglichen Gefährdung der Demokratie warnt, wie **die Presse** berichtet.

Die Pläne zur Bildung einer neuen Regierung und die damit verbundenen Proteste stellen ein bedeutendes politisches Ereignis dar. Die Ankündigungen der Protestaktionen unterstreichen die Besorgnis zahlreicher Organisationen über die mögliche Gefährdung von Menschenrechten und demokratischen Werten durch eine FPÖ-geführte Regierung, wie auch **oe24** betont. Die Entwicklung bleibt spannend, während die politische Opposition mobilisiert, um ihre Stimme gegen den angekündigten rechtsextremen Kurs zu erheben.

Details	
Vorfall	Protest
Ort	Ballhausplatz, 1010 Wien, Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at